

Calmer Tagblatt

Nr. 34.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

91. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einseitige Bortseite 10 Pfg., außerhalb desselben 12 Pfg., Restklamen 25 Pfg. Schluß für Inseratannahme 10 Uhr vormittags. Telefon 9.

Freitag, den 11. Februar 1916.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 1.25 vierteljährlich. Postbezugspreis für den Orts- und Nachbarortsverkehr Mt. 1.20, im Fernverkehr Mt. 1.30. Bestellschein in Württemberg 30 Pfg., in Bayern und Reich 42 Pfg.

Gegen die völkerrechtswidrige Seekriegsführung Englands.

Eine deutsche Denkschrift an die Neutralen über die Bewaffnung feindlicher Handelsschiffe. Verschärfung des U-Bootkrieges.

Bekanntlich hat die amerikanische Regierung an die kriegsführenden Mächte einen Vorschlag bezüglich der Gestaltung des U-Bootkrieges gelangen lassen, der theoretisch recht schön und gut sein mag, der aber nur einseitig die deutsche U-Bootkriegsführung belastet, weil er sämtliche Erfahrungen des bisherigen U-Bootkrieges vollständig außer acht läßt. Der Vorschlag verlangt, daß das U-Boot der Besatzung jedes Dampfers genügend Zeit läßt, um in Rettungsboote gelangen zu können, daß das U-Boot sofort mit dem Feuer aufhört, wenn das fliehende feindliche Schiff zu erkennen gibt, daß es zu stoppen gewillt ist, und wenn das feindliche Schiff seinen aktiven Widerstand (Schießen oder Rammen) aufgibt. Diese Forderungen lassen einen solchen Mangel von Anwendung prakt. Verfahr. erkennen, daß man gerade im Hinblick auf die bisherigen traurigen Vorkommnisse im U-Bootkrieg sich fragen muß, ob man es überhaupt mit einem ehrlich gemeinten Vorschlag des Washingtoner Kabinetts zu tun hat. Denn es wird der amerikanischen Regierung ebenso wie allen Neutralen bekannt sein, daß verschiedene unserer U-Boote im Vertrauen auf die Ritterlichkeit und ehrenhafte Gesinnung feindlicher Handelsdampferkapitäne das hier vorgeschlagene Verfahren befolgt haben, wobei einige durch die heimtückische Hinterlist der feindlichen Kauffahrer verloren gingen, andere sich nur mit Mühe durch Untertauschen retten konnten. Wenn also die amerikanische Regierung in loyaler Weise hätte zwischen den Kriegführenden zum Nutzen der Neutralen vermitteln wollen, so hätte sie in erster Linie bei den Ententemächten darauf dringen müssen, daß diese die Bewaffnung ihrer Handelsschiffe aufgeben, denn es ist, — und das wird einem der gesunde Menschenverstand zugeben müssen — dem U-Bootkommandanten schlechterdings unmöglich, festzustellen, ob der feindliche Handelsdampferkommandant seine Kanone, die dazu meistens noch ein größeres Kaliber haben dürfte, als die Geschütze des U-Bootes, nur zu „Verteidigungszwecken“ mitgenommen hat, oder aber zu Offensivzwecken. Eine derartige Unterscheidungsmöglichkeit dürfte nur im Kopfe des Herrn Lansing bestehen. Die Vereinigten Staaten haben nun ihre Rücksicht gegen die Bierverbandsmächte so weit gehen lassen, daß sie den eben gekennzeichneten Unterschied erfunden haben, um bewaffnete Handelsschiffe der Entente nicht als Hilfskreuzer in den amerikanischen Häfen betrachten zu müssen, weil man ihnen dann nicht die Freiheiten der Handelsschiffe gewähren dürfte. Die Vereinigten Staaten, die als der führende Staat der Neutralen betrachtet werden dürfen, wissen ganz genau, daß die feindlichen Dampfer direkte Anweisungen zum sofortigen Angriff gegen unsere U-Boote haben, daß also eine Beobachtung der von Amerika vorgeschlagenen Vorschriften den Selbstmord unserer U-Bootbesatzungen bedeuten würde.

Wenn also aus diesen Gründen unsere U-Bootkommandanten entsprechend der vom Feind begangenen Völkerrechtswidrigkeiten, die die U-Bootbesatzungen den schwersten Gefahren aussetzen, bisher nach ihrem Gefühl feindlichen Handels- und Passagierdampfern gegenüber auftraten, so haben die Verantwortungen für Fehlgänge, wenn sie je vorkommen sein sollten, diejenigen Staaten zu tragen, die die Bewaffnung der feindlichen Dampfer organisiert und den Kommandanten direkt angriffs-

weises Vorgehen befohlen haben. Daß das tatsächlich der Fall ist, das weist die deutsche Regierung in einer Denkschrift nach, die sie den Vertretern der neutralen Mächte in Berlin mitgeteilt hat. Es wird darin nachgewiesen, daß schon vor Ausbruch des gegenwärtigen Krieges die englische Regierung englischen Reedereien Gelegenheit gegeben habe, ihre Kauffahrteischiffe mit Geschützen zu bewaffnen. Schon am 26. März 1913 hatte der damalige erste Lord der Admiralität, Churchill im Parlament bekannt gegeben, daß die Admiralität die Reedereien aufgefordert habe, zum Schutz gegen die in gewissen Fällen von schnellen Hilfskreuzern anderer Mächte drohenden Gefahren eine Anzahl erstklassiger Linien-dampfer zu bewaffnen, die aber darauf nicht den Charakter von Hilfskreuzern annehmen sollten. Die Reedereien sind der Aufforderung bereitwillig nachgekommen. Im Januar 1914 wurde die Liste von einer größeren Anzahl von Dampfern bekannt gegeben, die Geschütze am Heck führen. In der Tat haben auch bald nach Ausbruch des Krieges deutsche Kreuzer festgestellt, daß englische Linien-dampfer bewaffnet waren. Was nun den völkerrechtlichen Charakter anbelangt, so hat die britische Regierung den Standpunkt eingenommen, daß die eigenen Kauffahrteischiffe solange feindliche Handelsschiffe seien, als sie die Waffen nur zu „Verteidigungszwecken“ führen, bewaffnete Schiffe anderer Flaggen dagegen hat sie stets als Kriegsschiffe angesehen. Es ist klar, daß die Armierung eines Schiffes mit Geschützen diesem kriegsmäßigen Charakter verleiht, ob sie nun zur Verteidigung oder zum Angriff dient. Die deutsche Regierung hält jede kriegerische Betätigung eines Handelsschiffes mit Recht für völkerrechtswidrig, weil man eben, wie oben schon dargelegt, im gegebenen Fall nicht in der Lage sein wird, feststellen zu können, ob Verteidigungs- oder Angriffszwecken vorliegen.

Im Laufe des Krieges ist nun nach der Feststellung der deutschen Regierung die Bewaffnung englischer Kauffahrteischiffe immer allgemeiner geworden, und die Fälle sind immer zahlreicher geworden, in denen englische Dampfer nicht nur bewaffneten Widerstand entgegengesetzt haben, sondern ihrerseits ohne Weiteres zum Angriff übergegangen sind, wobei sie sich häufig auch noch falscher Flaggen bedienen. Diese Handlungsweise wurde von den Verbündeten Englands nachgeahmt. Aufklärung für dieses Vorgehen enthalten die geheimen Anweisungen der britischen Admiralität, die von deutschen Seestreitkräften auf weggenommenen Schiffen gefunden worden sind. Die Anweisungen regeln den artilleristischen Angriff auf deutsche U-Boote, geben Vorschriften über das Verhalten der englischen Marineartillerie, und unterrichten die Kommandanten direkt über die zu treffenden Maßnahmen beim angriffsweisen Vorgehen. Bei den auf einen solchen heimtückischen Angriff hinzuliehenden Anweisungen wurde stets strengste Geheimhaltung angeordnet, ein Zeichen, daß sich die Regierung ihrer völkerrechtswidrigen Handlungsweise bewußt war, und gerade im direkten Widerspruch zu der Erklärung des britischen Botschafters in Washington handelte, der im Namen seiner Regierung erklärt hatte, daß britische Handelsschiffe niemals zu Angriffszwecken verwendet würden, daß sie auch niemals feuern würden, wenn sie nicht vorher angegriffen würden. Die deutsche Regierung legt in einer Anlage die photographierten Anweisungen der britischen Regierung an die Handelsschiffe vor.

Die deutsche Regierung steht nun auf dem

berechtigten Standpunkt, daß unter den vorstehend dargelegten Umständen die feindlichen Kauffahrteischiffe, die mit Geschützen bewaffnet sind, kein Recht mehr darauf haben, als feindliche Handelsschiffe angesehen zu werden. Die deutschen Seestreitkräfte werden daher nach einer kurzen, den Interessen der Neutralen Rechnung tragenden Frist den Befehl erhalten, solche Schiffe als Kriegsführende zu behandeln. Die deutsche Regierung gibt den neutralen Mächten von dieser Sachlage Kenntnis, damit sie ihre Angehörigen warnen können, weiterhin ihre Person oder ihr Vermögen bewaffneten Kauffahrteischiffen der mit dem Deutschen Reiche im Kriege feindlichen Mächte anzuvertrauen.

Das bedeutet also eine Gestaltung des U-Bootkrieges, wie man sie im ganzen deutschen Volk mit Genugtuung aufnehmen wird. Wenn die Neutralen, und allen voran Amerika, nicht imstande oder gewillt sind, von den Alliierten die Entwaffnung ihrer Handelsdampfer zu erreichen, so mögen sie auch die Folgen ihrer Energielosigkeit tragen, wenn sie durch diese Maßnahmen zufälliger Weise betroffen werden. Eine ähnliche Verbalnote hat Oesterreich-Ungarn an die Neutralen unter Hinweis auf die deutsche Denkschrift ergehen lassen, und sie hat die Frist bis zum Beginn der schärferen Maßnahmen auf 21. Februar festgesetzt. Nun haben die Vereinigten Staaten Gelegenheit, zu zeigen, wie ihre „Neutralität“ beschaffen ist.

Zum „Lusitania“-Fall.

(BVB.) London, 10. Febr. In einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus New York heißt es: Die Mitteilung, daß die „Lusitania“-Angelegenheit beigelegt ist, bildet noch nicht den Gegenstand von allgemeinen Kommentaren in der Presse, aber in den von den Blättern veröffentlichten Nachrichten wird erklärt, daß die deutschen Bedingungen im Wesentlichen angenommen wurden. (In Berliner amtlichen Stellen liegt eine Bestätigung dieser Behauptung nicht vor.)

Der Reichskanzler über unsere Beziehungen zu Amerika.

Köln, 10. Febr. Die „Köln. Zeitg.“ berichtet von der holländischen Grenze: Der Berliner Berichterstatter des „Newport World“, Karl von Wiegand, veröffentlicht den Inhalt einer Unterredung, die er mit dem deutschen Reichskanzler hatte. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ bringt darüber einen Auszug, worin es heißt: Was Ihre Regierung verlangt, erklärte Herr Bethmann Hollweg, ist eine unmögliche Demütigung. Ich bin weit gegangen, um die herzlichen, freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu erhalten, die zwischen uns und Ihnen von dem Tag an bestanden haben, wo vor 130 Jahren Preußen als einer der ersten Staaten die Unabhängigkeit Amerikas in seinem Kampfe gegen England anerkannte. Sie wissen, daß ich in dieser ganzen Angelegenheit einen weiten persönlichen Sinn gegenüber Ihrem Land und Volk gezeigt habe. Ich bin bereit gewesen und bleibe es, Amerika alles zuzugestehen, was Deutschland billigerweise in der Behauptung der Grundsätze der Gerechtigkeit und Ehre zugestehen kann. Allein ich vermag einer Demütigung Deutschlands und des deutschen Volkes nicht zuzustimmen. Ich kann mir die Waffe der Unterseeboote nicht aus der Hand reiß lassen. Ich kann Amerika nicht befriedigen und die Fortsetzung der herzlichen Beziehungen zu einem von jedem Deutschen geschätzten Land nicht gewährleisten, wenn es auf Unkosten einer nationalen Demütigung geschehen soll. Ich erkläre Ihnen dies nicht mit leichtem Herzen, sondern bin mir der Tatsache bewußt, daß ich die Empfindung des ganzen deutschen Volkes aus spreche.

Amtliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenpeuche in Böblingen.

Der Sperrbezirk wurde beschränkt auf die von der Stadtgrabenstraße, Elbenplatz, untere Vorstadt, Plattenbühl, Poststraße, alte Sindelfingerstraße umfasste Altstadt.

Im Beobachtungsgebiet verbleibt der übrige Teil der Markung Böblingen.

Das seit herige Beobachtungsgebiet, umfassend die Markungen Sindelfingen, Dagersheim, Ehningen, Holzgerlingen, Schönaich wurde aufgehoben.

Calw, den 9. Febr. 1916.

A. Oberamt: Binder.

A. Oberamt Calw.

Boranschläge für den Gemeindehaushalt.

Die Herren Ortsvorsteher und Verwaltungsamtare wolle für die Sorge tragen, daß die Boranschläge über die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden für das Rechnungsjahr 1916/17 mit den Beschlüssen der Gemeindefollegien wozüglich auf 1. April ds. Js. dem Oberamt in Abschrift vorzulegen werden.

Bei der Aufstellung der Boranschläge sind die Bestimmungen in Art. 121 bis 134 der Gemeindeordnung und in den §§ 157 bis 165, sowie 200 Absatz 3, insbesondere §§ 158 Absatz 4, 160 Absatz 5 und 6 und 165 der Vollzugsverordnung hiezu genau zu beachten.

Ferner wird folgendes bemerkt:

1. hinsichtlich etwaiger Restmittel ist zu bestimmen, ob und zu welchem Zweck solche vorzubehalten oder im laufenden Rechnungsjahr zu verwenden sind;

2. die nach § 158 Abs. 4 der B. V. z. G. D. zu gebenden Erläuterungen müssen für den Fall einer erheblichen Abweichung des Boranschlagsbetrags von dem in Spalte 1 angegebenen Rechnungsergebnis verlangt werden, auch wenn eine solche Abweichung von dem in Spalte 2 verzeichneten im Vorjahr eingestellten Betrag nicht besteht;

3. die für die Gemeindeeinkommensteuer als Grundlage dienenden Einheitsätze sind auch dann anzugeben, wenn von vornherein feststeht, daß der zulässige Höchstbetrag zur Erhebung kommen muß. Nur die Berechnung des Prozentsatzes selbst kann in diesem Falle unterlassen werden;

4. die Entwerfung des Boranschlags hat in möglichst umsichtiger Weise zu geschehen und ist schon im Interesse der späteren Verrechnung Wert darauf zu legen, daß die einzelnen Sätze in die richtigen Abteilungen eingestellt werden;

5. der die Volksschule betreffende Teil des Boranschlags ist gemäß Art. 54 Abs. 2 Ziff. 4 des Volksschulgesetzes dem Ortsschulrat mitzuteilen;

6. bezüglich der Aufstellung des Boranschlags der Schulkassen ist die Vorschrift in § 13 Abs. 1 Ziff. 4 und 5 der Volksschulverordnung zum Volksschulgesetz zu beachten.

Den 9. Febr. 1916.

Regierungsrat Binder.

A. Oberamt Calw.

Bekanntmachung, betr. die Neuwahl der Gemeindeführer.

Die Gemeindebehörden werden an die rechtzeitige Vornahme der Neuwahlen derjenigen öffentlichen Beamten, deren Wahlperiode am 31. März ds. Js. zu Ende geht, erinnert.

Siebel ist besonders folgendes zu beachten:

1. Die Gewählten sind vor oder beim Amtsantritt gemäß Art. 98 der G. D. und § 84 Abs. 3 der Volksschul-Verf. hiezu durch den Ortsvorsteher zu verpflichten oder auf die früher erfolgte Verpflichtung hinzuweisen. Ueber die Verpflichtung ist ein Protokoll aufzunehmen, das von dem Verpflichteten zu unterzeichnen ist.

2. Wenn ein neuer Rechner gewählt wird, hat eine förmliche Amtsübergabe unter genauer Beachtung der Bestimmungen in § 87 Abs. 4 der Volksschul-Verf. z. G. D. stattzufinden.

3. Nach vollzogener Verpflichtung sind Namen und Beruf der Gewählten unter Angabe des Geburtstages dem Oberamt anzuzeigen.

4. Die Anstellungsverhältnisse sind nach einem vom Gemeinderat aufzustellenden Dienstvertrag zu regeln (Art. 103 der G. D.)

Der Betrieb des Wirtschaftsgewerbes, sowie des Flaschenbierhandels ist den Gemeindeführern unterzogen (Art. 100 Abs. 3 der G. D.).

5. Die Höhe der Sicherheitsleistung ist vom Gemeinderat einer Nachprüfung zu unterziehen. Für die Festsetzung kommen die §§ 96 und 97 der Volksschul-Verf. z. G. D. in Betracht.

Sofern eine veränderte Festsetzung vorgenommen wird, unterliegt solche der Genehmigung des Bezirksrats. In diesem Falle ist bis spätestens 1. April ds. Js. Vorlage zu machen.

6. Die Wahl eines Gemeinderatsmitglieds zum Rechner bedarf der Zustimmung des Bürgerausschusses (Art. 49 Art. 15 der G. D.).

Den 9. Febr. 1916.

Regierungsrat Binder.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die deutsche amtliche Meldung.

(WB.) Großes Hauptquartier, 10. Februar. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Nordwestlich von Vimy entziffen unsere Truppen den Franzosen ein größeres Grabenstück und gewannen in der Gegend von Neuville einen der früher verlorenen Trichter zurück. 52 Gefangene und 2 Maschinengewehre fielen dabei in unsere Hand. Südlich der Somme wurden mehrfache französische Teilangriffe abgeschlagen. Hart nördlich Becquincourt gelang es dem Feind, in einem kleinen Teil unseres vordersten Grabens Fuß zu fassen. Auf der Combrès Höhe quetschten wir durch Sprengung einen feindlichen Minenstollen ab. Französische Sprengungen nordöstlich von Celle (in den Vogesen) blieben erfolglos.

Westlicher Kriegsschauplatz. Bei der Heeresgruppe des Generals v. Linzinger und bei der Armee des Generals Grafen v. Bothmer wurden Angriffe schwächer feindlicher Abteilungen durch österreichisch-ungarische Truppen vereitelt.

Balkanriegsschauplatz. Nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

Wasserflugzeugangriff auf England.

(WB.) Berlin, 10. Febr. Am Nachmittag des 9. Februar belegten einige unserer Marinesflugzeuge die Hafens- und Fabrikanlagen, sowie die Kasernen von Ramsgate (südlich der Themsemündung) ausgiebig mit Bomben.

Der Chef des Admiralstabs der Marine: gez. Behnde.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

(WB.) Wien, 10. Febr. Amtlich wird veröffentlicht vom 10. Februar 1916:

Russischer Kriegsschauplatz. Der Feind entwickelte gestern in Wolhynien und an der ostgalizischen Front erhöhte Tätigkeit gegen unsere Vorposten. Bei der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand führte er wiederholt u. an verschiedenen Stellen Aufklärungsaktionen bis zur Stärke eines Bataillons gegen unsere Sicherungslinien vor. Es kam insbesondere im Abschnitt des österreichischen Infanterieregiments Nr. 14 zu heftigen Vorpostenkämpfen, die auch die Nacht über fortdauerten und schließlich mit der völligen Vertreibung des Feindes endigten. Bei einer besonders untrüben Berschnanzung wurden etwa 200 russische Leichen gezählt und viele Gefangene eingebracht. Auch bei unseren Vorposten nordwestlich von Tarnopol wurde in der Nacht von gestern auf heute erbittert gekämpft. Die Russen überfielen abermals die schon in einem der letzten Berichte angeführte Schanze, wurden jedoch durch einen Gegenangriff wieder vertrieben. An der bessarabischen Grenze war kroatische Landwehr ein russisches Bataillon aus einer gut ausgebauten Vorpostenstellung gegen die Hauptstellung zurück.

Italienischer u. südöstlicher Kriegsschauplatz. Keine besonderen Ereignisse.

Die kommenden Hauptschlachten.

Zürich, 10. Febr. Der „Tagesanzeiger“ schreibt: Aus allen kriegsführenden Ländern Europas, Asiens

und Nordafrikas werden große Vorbereitungen für die kommenden Hauptschlachten berichtet. Je länger sie hinausgeschoben werden, umso größer und fürchterlicher zu werden drohen die Entscheidungsschlachten, die uns das Frühjahr bringen wird. Nach der ganzen Sachlage ist leider nicht mehr an eine vorherige Verständigung der sich bekämpfenden Mächte zu denken, wie man noch jüngst gehofft hatte.

Budapest, 10. Febr. Wie laut „Deutsch. Tageszeitung“ aus Sarajevo gemeldet wird, berichtet „Njessch“, daß in Saloniki wiederum große Verstärkungen für die dortige englisch-französische Armee eintreffen. Nach dem Abschlusse der Neubildung der serbischen Armee auf Korfu dürfte die englisch-französische Heeresleitung einen gemeinsamen Vormarsch beginnen von Saloniki und Valona aus gegen Belgrad und Konstantinopel.

Stockholm, 10. Febr. Im „Rustij Invalid“ finden sich, wie laut „B. T.“ Nachrichten schwedischer Zeitungen belegen, daß man in Rußland allgemein noch vor dem Frühjahr eine deutsche Offensive erwartet. Auch von einer österreichisch-ungarischen Offensive in Galizien spricht man. Die Deutschen, die in Erwartung russischer Angriffe fortwährend Verstärkungen erhielten, seien nun stark genug, um selbst anzugreifen. Die deutsche Offensive gelte als sehr wahrscheinlich, nachdem die Truppen vier Monate lang eine Ruhepause gehabt hätten und durch frische Reserven verstärkt worden seien. In Galizien hätten sich die Russen bei der letzten Offensive lediglich für die Alliierten geopfert, damit alle die in den Balkanoperationen freigewordenen feindlichen Truppenkörper nach Rußland anstatt nach dem Westen abgelenkt würden. Bei der Gelegenheit stellt die Zeitung fest, daß während des ganzen Krieges das russische Heer nur als Milizabteilung für die französisch-belgische Front habe fungieren müssen. Migulin, der Redakteur des „Novi Economist“, sieht nunmehr die dritte Phase des Krieges herankommen und rät den Russen im Osten zur Defensiv-Taktik, empfiehlt dagegen eine gesteigerte Aktion auf der türkisch-persischen Front.

Rotterdam, 10. Febr. Der militärische Mitarbeiter der „Times“ beschäftigt sich mit dem möglichen deutschen Plan für den Feldzug 1916. Er sagt darin laut „B. T.“, es bestünde Anzeichen für einen Angriff im Westen, der gegen Frankreich oder England gerichtet sein könne. Bei Frise hätten die Deutschen gezeigt, daß die Entente für sie nicht mehr unverletzbar sei, und mehrere deutsche Heerführer hätten den Truppen gesagt, daß die Zeit für ihre Offensive anbrechen werde, wenn sie nur Geduld hätten. Derselbe Mitarbeiter meint, es bestünde die Aussicht für ein deutsches Vorgehen ähnlich dem im Jahre 1914, wobei sich die deutsche See- und Luftflotte kräftig beteiligen werde. Es scheint dem Mitarbeiter aber auch möglich, daß die Deutschen einen fürchterlichen Schlag im Norden vorbereiten gegen Petersburg. Inzwischen halten sie mit sehr geringer Truppenmacht die große Ententearmee in Saloniki fest, während andererseits mit Hilfe der Türken 600 000 Mann in Ägypten, Mesopotamien, Persien und dem Kaukasus während der entscheidenden Augenblicke von den wichtigsten Schlachtfeldern fern gehalten werden.

Sicherung der italienischen Front.

Bern, 10. Febr. Der militärische Mitarbeiter des „Berliner Bund“ urteilt, offenbar auf Grund von ganz bestimmten Mitteilungen über die Lage an der italienischen Front folgenbermaßen: Die italienische Heeresleitung, die gewis keine Opfer scheut hat, die österreichische Defensivstellung zu durchbrechen, ist an der muster-gültigen Verteidigung ge-

scheitert und hat im Grunde kein Bataillon übrig für Operationen auf der Balkanhalbinsel. Sie ist heute sogar mehr als je darauf angewiesen, die Alpen- und Karstfront bis in die zweite und dritte Linie voll besetzt zu erhalten, um sich vor Ueberraschungen zu sichern. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß man auf italienischer Seite mit dem Ausbau neuer rückwärtiger Stellungen beschäftigt ist.

Die Lage in Mesopotamien.

(WB.) London, 10. Febr. Reuter meldet aus Delhi: Ein Communiqué über die Operationen in Mesopotamien sagt, daß der General Townshend noch immer Kut-el-Amara als einen Punkt von strategischer Bedeutung behauptet und daß General Milner Operationen ausführe, um ihn dort zu unterstützen. Kein Rückzug werde beabsichtigt. — Die „Times“ schreiben im Leitartikel: Diese Ankündigung ist interessant, weil sie die künftigen Absichten enthüllt, aber augenblicklich ist die Hauptsache, daß sich die beiden Generale vereinigen. General Townshend wird bei Kut-el-Amara seit zwei Monaten belagert und das ganze Reich wird sich freuen, wenn die Entsatzkolonne die schwachen 28 Meilen, die sie von Kut-el-Amara trennt, überwunden haben wird.

Die Balkanlage.

Der bulgarische Kriegsminister über die Lage auf dem Balkan.

(WB.) Sofia, 10. Febr. Kriegsminister Najdenow erklärte Vertretern der Presse: Welche Vorbereitungen die Engländer und Franzosen in Saloniki auch treffen werden, sie werden ihre Vernichtung vielleicht verzögern, aber nicht abwenden. Den Engländern selbst ist es kein Geheimnis, daß ihr weiteres Verbleiben in Saloniki nicht nur nutzlos, sondern sogar schädlich für die Entente ist. Sobald die Saloniki-Aktion erledigt sein wird, ist der Krieg für uns beendet, insofern wir nur kämpfen werden, wenn man uns auf dem Balkan noch angreifen sollte. Die Italiener haben noch nicht erklärt, daß sie Valona bis zum äußersten halten wollen. Entschließen sich die Oesterreicher, Valona anzugreifen, werden sie es sicher nehmen. Die Ereignisse festigen jowie so das vorzügliche Verhältnis der Bundesgenossen. Auf den Schlachtfeldern leben die bulgarischen Soldaten in brüderlichen Beziehungen zu den Verbündeten. Darauf wird sich das künftige vollkommene Einvernehmen unter den Mitgliedern des Bündnisses aufbauen.

Die griechische Kammer stützt die Regierung.

(WB.) Athen, 11. Febr. (Agence Havas.) Die Kammer hat der Regierung das Vertrauen mit 266 von 272 Stimmen ausgesprochen. Im Laufe der Debatte erklärte Sunaris über die Frage der Neutralität: Wir werden aus der Neutralität heraustreten, wenn die nationalen Interessen es erheischen werden. Im Monat März 1915 sind wir aus der Neutralität nicht herausgetreten, weil die Interessen des Landes es verlangten, daß wir neutral blieben. Es ist noch nicht an der Zeit, ein geschichtliches Urteil über die Politik der Regierung zu fällen. Der Minister schloß mit den Worten: Die Regierung muß die Möglichkeit einer Abrüstung erkennen lassen, so wird die Regierung ihre Zweckmäßigkeit prüfen.

3
(WB.)
Kammesfigun
nisterpräsident
über die Po
Rehe, die Kr
nationalen
Stuludis, ha
funden und
mutig ertrag
abweichende
berte ihm im
Regierung er

(WB.)
den aus P
Erland, Bor
zischen Miß
Sie wurden
präsidenten
und anderen
pfangen. Ei
Stadt war

Die
Zürich,
tischen Verh
einem Veri
Reihe von
Reise des
Niom weit
hinausgeht
besigen scheit
klar geword
zufriedenhei
sei, die etw
Kanden wie
Einheit das
eine sehr er
ren Besthe
bereite. Die
los, und sie
außerstand,
gegen sie ge
geggen. In
sterium erö
Martino Ca
Platz behaft
wärtig nirg
in verschiede
Ministerwed
änderungen
In Italien
die klare A
daß man w
dem Krieg
nur in Rom
tigkeit seine
allein, sond
geois und
die man im
sehr groß,
netts, also
tente sind,
keine Mögl
gang mit
allen Anfo
sendungen
fend in W
her nicht u
Cadorna in
obwohl scho
ren, Cadore
ganz und g
den franzö
näher steh
Rom zu sch
der so beär
und der so
äuheren P
helfen werd

Buda
richtet lau
zo-Front
größer we
Infanteri
und sieben
Verteidigt
Zürich
Zeitung“
bestätigt,
offen von

Zur Haltung Griechenlands.

(W.B.) Athen, 10. Febr. (Agence Havas.) In der Kammerung waren alle Abgeordneten anwesend. Ministerpräsident Staludis verlas eine Regierungserklärung über die Politik der Regierung, die vor allem darin besteht, die Kräfte der Nation untergeordnet zu erhalten und die nationalen Interessen zu wahren. Diese Politik, sagte Staludis, hat die Billigung der Mehrheit der Nation gefunden und wird fortgesetzt trotz des Druckes, den das Volk mutig ertragen wird. Der Abgeordnete Popp brachte eine abweichende Auffassung zum Ausdruck. Sunaris erwiderte ihm in längerer Rede, in der er das Programm der Regierung entwickelte. Die Sitzung dauert an.

Von unseren Feinden.

Briand in Rom.

(W.B.) Bern, 10. Febr. Die Mailänder Blätter melden aus Rom, daß der französische Ministerpräsident Briand, Bourgeois und die andern Mitglieder der französischen Mission heute vormittag in Rom angekommen sind. Sie wurden auf dem Bahnhofe vom italienischen Ministerpräsidenten Salandra, dem Minister des Aeußern Sonnino und andern Ministern, Abgeordneten und Senatoren empfangen. Eine große Menge umlagerte den Bahnhof. Die Stadt war besetzt.

Die Gründe für Briands Komreise.

Zürich, 9. Febr. Eine Persönlichkeit, die mit den politischen Verhältnissen in Italien genau vertraut ist, machte einem Berichterstatter der „Nat.-Zeitg.“ gegenüber eine Reihe von Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß die Reise des französischen Ministerpräsidenten Briand nach Rom weit über den Rahmen irgend eines Höflichkeitssaktes hinausgeht und für die Entente die größte Bedeutung zu besitzen scheint. Man ist sich heute in Frankreich darüber klar geworden, daß die in weiten Kreisen herrschende Unzufriedenheit nicht als eine Mißstimmung zu betrachten sei, die etwa nur durch die lange Dauer des Krieges entstanden wäre, sondern daß tatsächlich von einer nationalen Einheit daselbst keine Rede sein könne und daß schließlich eine sehr ernst zu nehmende Opposition vorhanden ist, deren Bestehen der Regierung die größten Schwierigkeiten bereite. Die italienische Regierung selbst ist heute fast ratlos, und sie hat in Paris zu verstehen gegeben, sie sehe sich außerstand, den verschiedenen Gegenströmungen, die sich gegen sie geltend machen, in wirkungsvoller Weise zu begegnen. In Italien wird bereits offen ein neues Ministerium erörtert und zwar soll es sich um ein Kabinett Martino Carcano handeln, in dem Sonnino vorläufig seinen Platz behalten würde. Das jetzige Kabinett besitzt gegenwärtig nirgends mehr eine feste Stütze. Nun sind bereits in verschiedenen Ländern der Entente während des Krieges Ministerwechsel eingetreten, allein die Ursachen dieser Veränderungen waren ausnahmslos immer politischer Natur. In Italien jedoch würde eine Veränderung des Kabinetts die klare Willensfundgebung des ganzen Volkes bedeuten, daß man weder mit der Kriegsführung noch überhaupt mit dem Krieg als solchem einverstanden ist. Briand erscheint nur in Rom als Nothelfer in letzter Stunde, und die Wichtigkeit seines Besuches erhellt schon daraus, daß er nicht allein, sondern begleitet von seinen Ministerkollegen Bourgeois und Sembat zu kommen gedenkt. Die Besorgnis, die man in Paris und London Italiens wegen hegt, ist sehr groß, nicht allein, da die Stellung des jetzigen Kabinetts, also jener Männer, die unbedingt Freunde der Entente sind, sehr schwer erschüttert ist, es hat sich auch bisher keine Möglichkeit geboten, zu der erwünschten Verständigung mit dem Generalissimo Cadorna zu gelangen, der allen Anforderungen der Entente bezüglich Truppenentfendungen nach Saloniki sowie nach einer lebhaften Tätigkeit in Albanien beharrlich Widerstand leistet und der bisher nicht umgestimmt werden konnte. Vorläufig hat jedoch Cadorna in der Person des Königs eine feste Stütze und obwohl schon Machenschaften ins Werk gesetzt worden waren, Cadorna zu stürzen, so sind doch alle diese Versuche ganz und gar im Sand verlaufen. Man hofft nun, daß es den französischen Staatsmännern, die persönlich Italien näher stehen, gelingen werde, die notwendige Klärung in Rom zu schaffen. Man glaubt auch, daß der Besuch Briands der so beängstigend gesunkenen Kriegsstimmung in Italien und der so stark abgeflauten Bündnisfreudigkeit durch den äußeren Pomp, der den Besuch begleiten soll, etwas aufhelfen werde.

Die Stimmung in Italien.

Budapest, 10. Febr. Das „Pester Journal“ berichtet laut „Deutscher Tageszeitung“: An der Isonzo-Front macht sich bei den Italienern eine immer größer werdende Unruhe bemerkbar. Die italienische Infanterie baut in großer Eile Drahthindernisse, und sieben Kilometer hinter der Front werden neue Verteidigungsstellungen gebaut.

Zürich, 10. Febr. Dem Vertreter der „Zürcher Zeitung“ wurde persönlich von Kaufleuten aus Rom bestätigt, daß man dort in allen Bevölkerungsteilen offen von der Verletzung des Londoner Abkommens

spricht. Der „Secolo“ greift aufs schärfste das Kabinett an und beschuldigt es der Unfähigkeit gegenüber dem alten Dreibund und gegenüber dem neuen Viererband.

Kriegsgewinnsteuer in Italien.

Bern, 10. Febr. „Gazzette Uffiziale“ veröffentlicht ein Dekret, wonach alle vor der Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn gegründeten Gesellschaften keine höhere Dividende als 8 Prozent des Betriebskapitals auszahlen dürfen. Ein etwaiger Ueberschuß des Gewinnes muß in einem besonderen Reservefonds angelegt werden.

Die Anwendung des englischen Dienstpflichtgesetzes.

(W.B.) London, 10. Febr. Am 3. März werden elf Klassen der Leute, die 1886 bis 1896 geboren sind, unter dem Dienstpflichtgesetz aufgerufen werden.

Eine englische „Sieges“-Anleihe.

(W.B.) London, 10. Febr. „Daily Telegraph“ schreibt: Im April wird eine neue Kriegsanleihe von unbegrenzter Höhe ausgegeben werden und man hofft, daß ihr ein beträchtlicher Sieg im Felde vorausschauen wird.

Zeppelinfieber in Paris.

Genf, 10. Febr. Die Zeppelinfurcht in Paris übersteigt alle Grenzen und erzeugt die grotesksten Situationen. Es werden immer neue Prämien auf die Anzeigen von Zeppelinen ausgesetzt. Der „Matin“ schreibt, daß selbst die militärischen Beobachtungsposten von dieser allgemeinen Suggestion und Nervosität ergriffen seien.

Bermischte Nachrichten.

Hochzeit im Kaiserhaus.

(W.B.) Berlin, 11. Febr. Laut „Berliner Tageblatt“ findet die Vermählung des Prinzen Joachim von Preußen mit der Prinzessin Marie Auguste von Anhalt am 11. März in Potsdam statt.

Eine württembergische Abordnung in Konstantinopel.

(W.B.) Konstantinopel, 10. Febr. Gestern abend wurde im Kiosq des Meraffim Nidbi-Palast zu Ehren der württembergischen Abordnung ein Mahl gegeben, dem außer dem Sultan und den Mitgliedern der Abordnung der Großwesir, die Präsidenten des Senats und der Kammer, einige Minister, der Kommandeur des ersten Korps, der erste Flügeladjutant, die Palastwärtenträger, Admiral Gourhon, Generalsabschef Bronsart von Schellendorff und der deutsche Botschafter mit den Beamten der deutschen Botschaft beiwohnten. — Am Samstag wird zu Ehren der württembergischen Abordnung, die unter Führung des sächsischen Gesandten in Wien, Grafen Rex, hier eingetroffen ist, gleichfalls eine Tafel stattfinden.

Die Ueberführung der Kameruner nach Spanien.

(W.B.) Amsterdam, 10. Febr. Das Reutersche Bureau meldet aus San Fernando: Ein Regiment Marineinfanterie erhielt den Auftrag, sich zur Abfahrt bereit zu halten. Es wird wahrscheinlich auf mehrere Transportdampfer verteilt werden, die die Fahrt der deutschen Untertanen aus Kamerun zu überwachen haben. Diese werden demnächst nach Spanien gebracht.

Die Lebensmittelfrage in Polen.

(W.B.) Berlin, 11. Febr. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, schreibt über die Lebensmittelfrage in Polen: Mit Erlaubnis der deutschen Regierung haben Herr Witzen von dem belgischen Hilfskomitee und Herr Walcott von der Hoesjellerstiftung eine gründliche Untersuchung der wirtschaftlichen Lage der einheimischen Bevölkerung in dem russischen von den Deutschen besetzten Gebiet vorgenommen. Infolge weitestgehenden Entgegenkommens der Regierung konnten sie überall hinreisen, besichtigten Kobryn, Brest-Litowsk, Warschau und andere Städte, durften unter der Bevölkerung zirkulieren und sich mit ihr unterhalten, ohne von Offizieren dabei begleitet zu sein, sodas die Ergebnisse ihrer Reise als zutreffend zu betrachten sind. In den von ihnen aufgesuchten Distrikten ist die Lage der Bevölkerung immerhin ernst. Handel und Wandel liegen in Polen allgemein darnieder, weil die Russen auf ihrem Rückzug Tausende von Fabriken und Werkstätten zerstört haben. Auch die Ernährungsfrage ist eine sehr schwierige, da die Russen, wo sie nur konnten, die Ernte vernichtet haben. Infolge dessen ist ein erheblicher Bruchteil der Bevölkerung in eine solche Lage versetzt, daß er darauf angewiesen ist, von der öffentlichen Mildtätigkeit zu leben oder von den Deutschen ernährt zu werden. Daß diese Ernährung nur gerade das absolut Notwendige bieten kann, ist bei der bestehenden Lage klar. Es wäre daher außerordentlich erwünscht, wenn für Polen und Litauen ein ähnliches Hilfswerk organisiert würde, wie es bereits seit längerer Zeit für Belgien und die besetzten Gebiete von

Nordostfrankreich mit Erfolg funktioniert. Hierzu würde nach Ansicht der amerikanischen Vertreter eine monatliche Ausgabe von etwa 1 Million Dollar erforderlich sein. Die deutsche Regierung hat ihnen zugesichert, daß etwa in das besetzte Gebiet eingeführte Nahrungsmittel nur der notleidenden Bevölkerung zugute kommen sollen. Die amerikanischen Vertreter würden dauernd Gelegenheit haben, sich zu überzeugen, daß die eingeführten Nahrungsmittel nur ihrem eigentlichen Zweck entsprechend verwendet würden.

Die schweizerische Mobilisationsanleihe.

(W.B.) Bern, 10. Febr. Auf die schweizerische Mobilisationsanleihe von 100 Millionen Francs sind von 242 496 Zeichnern insgesamt 124 909 700 Francs gezeichnet worden.

Unruhen in Dänisch-Westindien.

Frankfurt a. M. 10. Febr. Die „Frankfurter Zeitung“ läßt sich aus Kopenhagen berichten: Politiken erfährt aus Newyork: „Evening Mail“ berichtet von ersten Unruhen in Dänisch-Westindien. In allen Plantagen von St. Thomas sei der Generalstreik ausgebrochen. Der dänische Gouverneur habe dem Negerführer Hamilton Jackson eine Audienz verweigert.

Ein frommer Wunsch der Entente.

(W.B.) Wien, 10. Febr. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Die größte Lüge, die bisher in der Presse der Entente zur Veröffentlichung gelangt ist, bildet die Meldung der Agence Havas des Inhalts, daß ein großer Teil der Stodawerte in Pilsen, insbesondere das Erzeugungsetablisement unserer schweren Mörser durch eine Explosion vernichtet worden sei. Diese Sensationsnachricht wurde in den Zeitungen des feindlichen Auslandes mit roher Freude verbreitet und in der neutralen Presse mit Ausdrücken des Bedauerns abgedruckt. Es wird hiermit amtlich festgestellt, daß sich in den Stodawerten überhaupt kein Zwischenfall ereignet hat, und daß die Arbeit nach wie vor überall ruhig und ungehindert vor sich geht. Die Meldung der Agence Havas ist vollständig unbegründet und frei erfunden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 11. Februar 1916.

Das eiserne Kreuz.

Gottlieb Schwämmle von Altblach, Fahrer im Reserve-Art.-Regt. Nr. 26, hat das Eiserne Kreuz erhalten.

Beförderung.

Hauptlehrer Bömlle von Liebenzell ist zum Offizierstellvertreter ernannt worden. Bömlle ist bei Kriegsausbruch als einfacher ungedienter Landsturmann eingerückt.

Vom Roten Kreuz

In der Sitzung des Verwaltungsrats des Württembergischen Landesvereins vom Roten Kreuz vom 7. Februar 1916 wurde u. a. beschlossen, den Bezirken an dem Erlös der von ihnen zum Nageln zu verwendenden Gedächtnisschilder 25 Proz. des Reingewinns zu überlassen. — Bei der in den letzten Wochen vorgenommenen eingehenden Untersuchung der ganzen Verwaltung und der Kassen- und Rechnungsführung der Liebesgabenabteilung konnte die Prüfungskommission feststellen, daß der ganze Geschäftsbetrieb der Liebesgabenabteilung wie auch ihre Kassen- und Buchführung durchweg auf bester Grundlage aufgebaut ist und zu besonderen Erinnerungen keinen Anlaß gibt. — Auf das Gebetsfest des Königs ist die Einteilung einer allgemeinen Geldsammlung für die Zwecke des Roten Kreuzes vorgesehen, ähnlich wie bei dem am Jahrestag der Mobilmachung veranstalteten allgemeinen Opfertag. Die Voranschläge der Liebesgabenabteilung auf Grund der von der Heeresverwaltung an das Rote Kreuz ergangenen Anforderungen für die Monate Februar, März, April und Mai sollen zunächst nach der Bezirksvertreterversammlung am 14. d. M. unterbreitet werden. Der Vorsitzende wird ermächtigt, im Benehmen mit der Liebesgabenabteilung in Berücksichtigung der verfügbaren Mittel das weitere zu veranlassen. — Von der Abteilung für Bezirksorganisation wird demnächst in Verbindung mit dem K. Kriegsministerium bezw. der K. Stv. Intendantur im ganzen Land eine allgemeine Sammlung von Papier veranstaltet werden, das an Stelle des mangelnden Strohs zur Füllung der Strohfäcke Verwendung finden soll.

Zentralstelle für Gemüsebau in Kleingärten.

Zur Förderung des für die Volksernährung überaus wichtigen Gemüsebaues ist vom Reichsamt des Innern eine Zentralstelle für den Gemüsebau in Kleingärten eingerichtet worden, zu deren Leitung der Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Arbeitergärten, Geh. Rat Biele-

